

Wiebke Knell

VERMEHRTE WOLFSSICHTUNGEN ÜBERRASCHEN DIE LANDESREGIERUNG – ABER SONST WOHL NIEMANDEN

13.01.2023

"Von den vermehrten Wolfssichtungen in Nordhessen dürfte allein die hessische Landesregierung überrascht sein", kommentiert die umweltpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiebke Knell. Knell ist heimische Abgeordnete aus dem Schwalm-Eder-Kreis und Betreuungsabgeordnete für die Landkreise Werra-Meißner, Hersfeld-Rotenburg und Waldeck-Frankenberg. "Wir weisen seit Jahren darauf hin, dass die Wolfspopulation in Hessen rasant wächst. Auch die Zahl der gerissenen Nutztiere steigt Jahr für Jahr. Allerdings gibt es weder Erkenntnisse darüber, wie viele Wölfe in Hessen sesshaft sind, noch gelingt es, bei Rissen von Nutztieren den Wolf als Verursacher zu identifizieren", sagt Knell. Wer aber nicht nachweisen könne, dass allein der Wolf ein Nutztier gerissen habe, könne auch nicht auf Entschädigung des Landes hoffen, und Schutzzäune bekomme man nur dann gefördert, wenn in der Gegend bereits Nutztiere gerissen worden seien. "Das ist in sich unlogisch - das hessische Wolfsmanagement ist gescheitert", bilanziert Knell.

"Am Grünen Tisch in Wiesbaden feiert man die Rückkehr des Wolfs nach Hessen als Triumph der Artenvielfalt. Dass es auch Menschen gibt, die weniger begeistert sind, wenn sich Wölfe in der Nähe von Wohnsiedlungen oder Weidetieren aufhalten, interessiert CDU und Grüne leider überhaupt nicht." Mittelfristig sei ein Zusammenleben von Mensch und Wolf nicht allein durch immer höhere Zäune zu sichern, erklärt Knell. "Wir werden regulierend in die Bestände eingreifen müssen, so wie es auch in anderen, weniger dicht besiedelten europäischen Ländern praktiziert wird, in denen weitaus weniger Wölfe leben. Die Ampel-Koalition im Bund hat vereinbart, die rechtlichen Voraussetzungen für ein aktives Bestandsmanagement zu schaffen. Vorher muss aber die hessische

Landesregierung endlich anfangen, ihre Hausaufgaben zu machen. Die Bestände in Hessen wachsen rasant - das muss sich auch in den offiziellen Statistiken wiederfinden", fordert Knell.